

**V-91** Grüne als Anwalt für eine starke deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Antragsteller\*in: Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

### 1 Die Ärmsten der Armen nicht im Stich lassen!

2 Die Hungerzahlen sind in den letzten Jahren wieder gestiegen. Jeder zehnte  
3 Mensch auf dieser Welt hungert bzw. hat mit schwerer Ernährungsunsicherheit zu  
4 kämpfen. Rechnet man diejenigen dazu, die armutsbedingt mangelernährt sind, dann  
5 hat ein Viertel der Menschheit nicht ausreichend zu essen, um gesund leben zu  
6 können.

7 Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass genügend Lebensmittel produziert werden, um  
8 alle ausreichend mit gesundem Essen zu versorgen.

9 Vor diesem Hintergrund befremdet und besorgt es uns, dass in den letzten drei  
10 Jahren die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (bzw. Internationale  
11 Zusammenarbeit) und Humanitäre Hilfe stark gekürzt worden sind. Und weitere  
12 drastische Einschnitten stehen bevor: Werden die Pläne der Bundesregierung für  
13 den Bundeshaushalt 2025 nicht noch in „letzter Minute“ korrigiert, dann hätte  
14 die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode den Haushalt des  
15 Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um fast  
16 ein Viertel und die Mittel für die vom Auswärtigen Amt verantwortete Humanitäre  
17 Hilfe gar um rund 60 Prozent gekürzt.

18 Das würde vor allem die Ärmsten der Armen hart treffen, Menschen, die in  
19 existenzielle Not geraten sind.

20 Die Kürzung der Mittel für den Kampf gegen extreme Armut und Hunger ist leider  
21 zu einem globalen Trend geworden. Viele Industrienationen denken in Zeiten  
22 multipler Krisen vermehrt an sich selbst und vernachlässigen neben der Nothilfe  
23 auch präventive Maßnahmen, die den Klimawandel eindämmen und Konflikte und  
24 Katastrophen bereits im Vorfeld entschärfen.

25 Den Rotstift überproportional bei den Ärmsten der Armen anzusetzen, ist nicht  
26 nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch unklug. Die 17 Ziele für eine  
27 globale nachhaltige Entwicklung zu erreichen, also die Agenda 2030 der Vereinten  
28 Nationen umzusetzen, müsste im Interesse aller Länder liegen - auch im Sinne  
29 eines breiten Sicherheitsverständnisses, zu dem sich die Bundesregierung in  
30 ihrer Neuen Deutschen Sicherheitsstrategie ausdrücklich bekannt hat. Sie hat  
31 darin versprochen, auch ihre entwicklungspolitischen Anstrengungen, ihren  
32 Einsatz in der Humanitären Hilfe und für zivile Krisenprävention deutlich zu  
33 steigern.

34 Das Gegenteil ist geschehen.

35 Wir erkennen ausdrücklich an, dass sich unsere Bundestagsfraktion gegen die  
36 Kürzungen der Mittel für Internationale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

37 eingesetzt hat und auch im zurzeit laufenden Haushaltsverfahren entsprechend  
38 agiert.

39 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion den Rücken und fordern sie auf, in ihren  
40 Bemühungen nicht nachzulassen. Unser Appell richtet sich auch ausdrücklich an  
41 die Grünen Mitglieder der Bundesregierung.

42 Uns ist bewusst, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der  
43 notwendigen Kompromissfindung in einer Koalitionsregierung die finanziellen  
44 Spielräume begrenzt sind. Auf vielen Politikbereichen liegt Spardruck und es  
45 hagelt Proteste dagegen. Regierung und Parlament müssen die Prioritäten richtig  
46 setzen. Dabei muss aber unbedingt beachtet werden, welche Folgen geplante  
47 Sparmaßnahmen hätten und welche langfristigen Schäden sie anrichten würden.  
48 Solch drastische Einschnitte wie sie jetzt bei der .Entwicklungszusammenarbeit  
49 und besonders heftig bei der Humanitären Hilfe geplant sind, würden - und das  
50 sagen wir ohne zu übertreiben - Menschenleben kosten.

51 Bereits jetzt hat die Bundesregierung das Ziel verfehlt, wie im  
52 Koalitionsvertrag versprochen, mindestens 0,7 Prozent des  
53 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zur  
54 Verfügung zu stellen. Werden die geplanten weiteren drastischen Kürzungen für  
55 den Bundeshaushalt 2025 umgesetzt, rutsch Deutschland noch weiter unter diese  
56 Zielmarke.

57 Einhergehend mit den Kürzungen geraten Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre  
58 Hilfe unter Rechtfertigungsdruck und werden zunehmend diffamiert. Populistische  
59 Narrative, die von der AfD ausgingen, wurden leider auch von einzelnen  
60 Politikern der CDU/CSU und der FDP übernommen.

61 Wir fordern die grüne Bundestagsfraktion auf,

- 62 • diesen Verunglimpfungen der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären  
63 Hilfe entgegenzutreten,
- 64 • alles zu tun, um die weiteren geplanten Kürzungen der Mittel für  
65 Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu verhindern oder  
66 zumindest noch deutlich abzumildern
- 67 • und den Plänen der FDP, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
68 und Entwicklung abzuschaffen, klar zu widersprechen.

## weitere Antragsteller\*innen

Ute Ute Koczy (KV Lemgo); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Peter Meiwald (KV Ammerland); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Maximilian Linder (KV Bonn); Gregor Kaiser (KV Olpe); Michael Krempin (KV Wetterau); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Philipp Schmagold (KV Plön); Georg Fischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Thomas Mohr (KV München); sowie 91 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.